

> Berlin aktuell

Zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel



Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

zu Beginn der Sommerpause sende ich Ihnen einen herzlichen Gruß aus Berlin, wo inzwischen auch die sitzungsfreie Zeit begonnen hat – nach Wochen und Monaten, die für die christlich-liberale Koalition nicht gerade erfolgreich waren.

Es war auf jeden Fall ein strategischer Fehler, vor unangenehmen Entscheidungen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zurück zu schrecken. So bleiben wertvolle Monate zu Beginn der Regierungszeit ungenutzt. Stattdessen wurde der Streit über nicht entschiedene Themen zelebriert – wahrlich keine gute Vorstellung.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der letzten Fraktionssitzung vor der Sommerpause deutlich Kritik geübt an dem vielstimmigen Chor unabgestimmter Positionen. Damit hat sie Recht. Andererseits muss es in der Partei auch Raum geben für inhaltliche Diskussionen über wichtige Themen. Daran hat es in der Vergangenheit gemangelt.

Im Herbst stehen genügend Themen zur Diskussion und zur Entscheidung:

- die Zukunft der Wehrpflicht
- die Haushaltsberatungen und das Sparpaket
- das Energiekonzept
- die Stabilisierung des Gesundheitswesens

Ich hoffe, dass diese Beratungen und Entscheidungen in einem besseren Prozess verlaufen als in den vergangenen Monaten. Nach dem überraschenden und für mich nicht nötigen und nicht nachvollziehbaren Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler, hat sein Nachfolger Christian Wulff bereits mit seiner Antrittsrede neue Akzente gesetzt. Ich bin sicher, dass er ein guter und überzeugender Präsident werden wird. Die Wahl war ungewollt spannend.

Ich hätte mir das Ergebnis einer absoluten Mehrheit aus dem 3. Wahlgang bereits im 1. Wahlgang gewünscht. Andererseits hat der Ablauf des Wahltages gezeigt, dass die

Abstimmung in der Wahlkabine frei war und keiner Freigabe bedurfte, weil sie immer frei gewesen ist. Aus diesem Grund halte ich nichts von Schuldzuweisungen zwischen den Koalitionspartnern. Diejenigen, die jedoch aus den eigenen Reihen gegen Wulff gestimmt haben, weil sie ein Zeichen gegen das schlechte Erscheinungsbild der Koalition setzen wollten, haben genau dieses Bild verstärkt. Direkt nach der Wahl zum Bundespräsidenten im dritten Wahlgang der Bundesversammlung, habe ich Präsident Christian Wulff zu seiner neuen Aufgabe „Alles Gute, viel Glück und Gottes Segen“ gewünscht. Ich kenne Wulff seit über 30 Jahren persönlich. Wulff hatte unsere Partei im vergangenen Jahr im Bundestagswahlkampf mit einer Veranstaltung in Husum unterstützt.

Ich bin sicher: er wird ein guter Präsident werden!

Für die Ferienzeit wünsche ich Ihnen fröhliche und erholsame Tage!

Ihr

Ingbert Liebing, MdB



Unserem frisch gewählten Bundespräsidenten Christian Wulff gratuliert Ingbert Liebing herzlich.

Gerechtigkeit auch für kommende Generationen: Das Sparpaket

Das Sparpaket der Bundesregierung hat ein klares Ziel: Durch nachhaltiges Sparen nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Die Neuverschuldung soll 2011 auf 57,5 Milliarden Euro gesenkt werden.

Deshalb ist ein konsequenter Sparkurs unabdingbar.

Oberste Priorität: Haushaltssanierung

Mit 65 Mrd. Euro wird der Bund in diesem Jahr so viele neue Schulden machen wie nie zuvor. Dies ist noch eine Folge der Wirtschaftskrise, in der mit staatlichen Konjunkturprogrammen der Absturz der Wirtschaft verhindert wurde. Dies kann aber kein Dauerzustand sein. Die Verfassung, aber auch unsere moralische Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen gibt uns auf, die Neuverschuldung kontinuierlich zurückzufahren. Ab 2016 greift die Schuldenbremse, nach der max. 0,3% des Bruttoinlandsproduktes an neuen Schulden zulässig sind. Das sind ca. 10 Mrd. Euro.

Die Bundesregierung hat dazu ein Sparpaket vorgelegt, mit dem die hohe Priorität der Haushaltskonsolidierung deutlich wird:

- In dieser Situation ist für Steuersenkungen auf Pump kein Raum.
- Die Ausgaben des Bundes werden real abgesenkt: von 319,5 Mrd. Euro in 2010 über 307,4 Mrd. in 2011 auf 301 Mrd. Euro in 2012.
- Damit soll die Neuverschuldung in 2011 auf max. 57,5 Mrd. Euro gesenkt werden.
- Mit einer Brennelementesteuer sollen Zusatzgewinne der Kernkraftwerksbetreiber zum Teil abgeschöpft werden, die die Kraftwerksbetreiber dadurch hatten, dass sie keine Zertifikate für den Immissionshandel erwerben mussten.
- Bis der Luftverkehr in den CO₂-Immissionshandel einbezogen wird, soll er mit einer Luftverkehrsabgabe ebenfalls einen Beitrag zur Haushaltssanierung leisten.
- Soziale Verwerfungen werden korrigiert: So soll das Elterngeld als Lohnersatzleistung für Hartz IV-Empfänger gestrichen werden. Dies erhöht zugleich die Anreize zur Arbeitsaufnahme, da die Summe von Hartz IV-Regelleistungen, Kindersatz und Elterngeld plus Erstattung der Unterkunftskosten nicht selten das Niveau unterer Lohngruppen überstiegen hat.

- Auch der Verteidigungsetat soll einen Beitrag in der Höhe von 1 bis 3 Mrd. Euro aufwachsend zur Haushaltssanierung leisten.

Bei allen notwendigen Sparanstrengungen bleibt es notwendig, Zukunftsinvestitionen weiter zu sichern. Deshalb bleiben Bildung, Forschung und der Ausbau der Infrastruktur Schwerpunkte im Bundeshaushalt.

Kommunalfinanzen auf dem Prüfstand

Die Regierungskommission zur Reform der Gemeindefinanzen hat einen ersten Zwischenbericht vorgelegt, wird ihre Arbeit aber bis November fortsetzen. Zielsetzung dieser Kommission unter Vorsitz von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist es, die Finanzlage der Kommunen nachhaltig zu stabilisieren.

In der Öffentlichkeit wird insbesondere über die Abschaffung der Gewerbesteuer diskutiert. Einerseits ist diese Steuer in Europa eine Sondersteuer, extrem aufwändig in der Erhebung und stark konjunkturabhängig, wie der Einbruch der Gewerbesteuer in vielen Kommunen im Zuge der Wirtschaftskrise gezeigt hat. Andererseits stellt die Gewerbesteuer eine wichtige Finanzierungsgrundlage der Kommunen dar und ist ein enges Band zwischen Kommunen und örtlicher Wirtschaft. Die kommunalen Spitzenverbände möchten an der Gewerbesteuer festhalten.

Die Kommission beschäftigt sich aber nicht nur mit diesem Thema, sondern wird auch die Aufgaben- und Ausgabenseite der Kommunalhaushalte unter die Lupe nehmen. Dies gilt insbesondere für die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Soziallasten.

Im Beschluss des Bundeskabinetts ist vorgesehen, dass die Kommission einen einstimmigen Beschluss fassen soll. Da die Kommunen vollwertige Mitglieder der Kommission sind, bleibt eine konsensuale Lösung mit den Kommunen das Ziel.

Spielräume für Entlastungen schaffen

Die Sparanstrengungen dienen vor allem dem Ziel, Spielräume für künftige Entlastungen zu schaffen, für die kleinen und mittleren Unternehmen ebenso wie für die Facharbeiter, Handwerker und Angestellten, die in besonderer Weise unter der kalten Progression leiden.

Gute Nachrichten: Wirtschaft wächst, weniger Arbeitslose!

Die vergangenen Wochen waren in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem durch koalitionsinterne Querelen bestimmt. Dadurch sind viele gute Fakten in den Hintergrund gedrängt worden, über die es aber lohnt zu sprechen:

- die Wirtschaft wächst wieder, und zwar stärker als erwartet
- die Arbeitslosigkeit sinkt—sie ist niedriger als vor der Krise
- die Rettungspakete wirken—der nationale Rettungsschirm für Banken und Wirtschaft genauso wie die Stabilisierung des Euro
- kein Land ist so gut durch die Krise gekommen wie Deutschland

Darüber lohnt es sich zu sprechen:

- **Verbesserungen beim Arbeitsmarkt**

Die Nachfrage nach Arbeitskräften hält an und erreicht nahezu das Niveau von Juni 2008, kurz vor Beginn der Wirtschaftskrise. Im Vergleich zu Juni 2009 liegt die Zahl der Erwerbstätigen nun bei 40,2 Millionen (+0,1%). Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Mai um 88.000 auf 3,15 Millionen gesunken, gegenüber dem Vorjahr sind 257.000 Menschen weniger arbeitslos. Die Arbeitslosenquote ist mit derzeit 7,5% erheblich geringer, als angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwartet wurde. Es ist zu erwarten, dass noch in diesem Jahr die Marke von 3 Millionen Arbeitslosen unterschritten wird.

- **Monatsverdienste sind gestiegen**

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft sind im Jahr 2009 gegenüber 2008 in Deutschland durchschnittlich um 2,7 Prozent gestiegen. Größere Unterschiede gibt es in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So weisen die tariflichen Monatsgehälter im Bereich „Energie-, Wasserversorgung und Entsorgungswirtschaft“ mit 3,3 Prozent die höchsten Steigerungen auf.

- **Unternehmen sind optimistisch**

Der Aufschwung gewinnt wieder an Fahrt. Die deutschen Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftssituation im Juni zum vierten Mal in Folge besser ein als noch im Vormonat. Nach einer neuen Prognose der Bundesbank wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um zwei Prozent wachsen. Aufgrund sehr guter Export-

möglichkeiten beabsichtigen unsere Unternehmen, ihre Mitarbeiterzahl nahezu unverändert beizubehalten. Die Dienstleistungsbranche plant sogar, Beschäftigung aufzubauen. Die Entwicklung des Geschäftsklimaindex und die Prognose der Bundesbank belegen eindrucksvoll, dass wir mit unseren Konjunkturprogrammen, dem Deutschlandfonds und einer soliden Finanzpolitik den richtigen Weg eingeschlagen haben.

- **Niedrigeres Haushaltsdefizit erwartet**

Aufgrund der besseren Wirtschaftsentwicklung dürfte auch das Defizit im Bundeshaushalt mit voraussichtlich 65 Milliarden Euro niedriger ausfallen als im Haushaltsplan 2010 angesetzt (80 Mrd. Euro). Der Rückgang der gesamten Steuereinnahmen war im Vergleich zum Vorjahr geringer als angenommen. Das ist zwar immer noch eine Rekord-Neuverschuldung, bringt uns aber dem Ziel näher, die Schuldenbremse ab 2016 einzuhalten.

- **Die Preise sind stabil**

Aktuell liegt die Preissteigerungsrate in Deutschland mit 0,9 Prozent deutlich unter der Marke von 2 Prozent mit dem Zielwert der EZB für Preisniveaustabilität. Auch die langfristigen Inflationserwartungen sind niedrig, was nicht zuletzt an den niedrigen Zinssätzen für langfristige Anleihen des Bundes liegt.



Ingbert Liebing empfing Vizeadmiral Axel Schimpf, Inspekteur der Marine, im Bundestag. Fragen zur Marine im Einsatz und die Zukunft der Marine vor dem Hintergrund eingeschränkter Finanzmittel wurden diskutiert. Deutschland ist von sicheren Seewegen abhängig, die maritime Wirtschaft beschäftigt in Deutschland 400.000 Menschen.

Photovoltaik und Debatte um Energiekonzept der Zukunft

Entschieden: Photovoltaik bleibt weiter attraktiv, Überförderung wird beseitigt

Im Vermittlungsausschuss erzielten Bundesrat und Bundestag jetzt eine Einigung über die Kürzung der Solarförderung. Angesichts rasch sinkender Anlagenkosten war sowohl die Absenkung der Vergütung wie die nun vorliegende endgültige Einigung überfällig. Die Solarbranche benötigte nach monatelangen Diskussionen dringend Rechtssicherheit für ihre Investitionsentscheidungen.

Der Kompromiss sieht eine zeitlich gestaffelte Einigung vor, nach der

- ab 1. Juli 2010 die Vergütung für Dachanlagen um 13 Prozent, für Freiflächenanlagen um 12 Prozent und für Konversionsflächen um 8 Prozent sinkt sowie
- ab 1. Oktober 2010 eine weitere Reduzierung um 3 Prozent für alle Anlagen erfolgt.

Der lange Zeit strittige Vertrauensschutz für fortgeschrittene Projekte war nicht Gegenstand des Vermittlungsverfahrens.

Es ist erfreulich, dass die vorgezogenen EEG-Änderung im Bereich des Solarstroms nun beschlossene Sache ist und der Kompromiss von den Regierungsfractionen geschlossen getragen wird. Das ist ein wichtiges Signal an die betroffenen Investoren und Unternehmer, aber auch an die Endverbraucher, deren Akzeptanz für die Erneuerbaren Energien nicht zur überzogene Förderung gefährdet werden durfte.

Debatte um künftiges Energiekonzept

Das von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbarte und für den Herbst 2010 angekündigte energiepolitische Gesamtkonzept soll dazu beitragen, die Energieversorgung der Zukunft zu sichern.

Neben vielen komplexen Fragen, die im Rahmen des sich derzeit in Arbeit befindlichen Konzepts aufgeworfen werden, ist die Frage der Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken eine wesentliche. Dabei sollte allen Entscheidungsträgern klar sein, dass die Kernenergie nicht mehr als die Funktion einer Brückentechnologie erfüllen sollte, bis die Erneuerbaren Energien die Stromversorgung garantieren können. Bis dahin ist eine moderate Laufzeit-Verlängerung der Kernkraftwerke allerdings allemal sinnvoller als der Bau neuer Kohlekraftwerke, die dann bis zu 60 weiteren Jahre am Netz bleiben würden. Dies wird das erste umfassende Energiekonzept einer Bundesregierung seit Anfang der 90er Jahre sein.

In der Öffentlichkeit wird das Energiekonzept leider oftmals auf die Frage der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke reduziert. Dies greift jedoch zu kurz. Schließlich soll das Energiekonzept alle Sektoren umfassen und Zukunftsperspektiven für die nächsten Jahrzehnte aufzeigen, wie eine versorgungssichere, saubere und kostengünstige Energieversorgung für Deutschland sicher gestellt werden kann. Alle diese drei Anforderungen werden dabei den gleichen Stellenwert erhalten. Ende August werden die von wissenschaftlichen Instituten derzeit erarbeiteten Szenarien vorgelegt werden. Anfang September sollen Eckwerte für das Energiekonzept vorgelegt werden, Ende September wollen Kabinett und Koalitionsfraktionen sich mit Schlussfolgerungen aus den Szenarien als Grundlagen für das Energiekonzept befassen, bevor das Konzept insgesamt im November fertig gestellt wird.

In der Koalition ist unstrittig, dass die Laufzeit von Kernkraftwerken verlängert werden soll. Dabei geht es um die Verlängerung der bisherigen Laufzeit, die nach dem aktuellen Atomgesetz bis ca. 2022 laufen sollen. Strittig ist innerhalb der Koalition, wie lange die Laufzeitverlängerung sein soll. Persönlich habe ich mich innerhalb der Fraktion dagegen ausgesprochen, bereits vor Erstellung des Energiekonzeptes dazu Vorfestlegungen zu treffen. Schließlich ist es unsere Programmatik, die Kernkraftwerke so lange weiter laufen zu lassen, bis sie verlässlich durch Erneuerbare Energien ersetzt werden können. Laufzeitverlängerung ist kein Selbstzweck und kann auch nicht der Haushaltssanierung dienen. Deshalb müssen auch Zusatzgewinne aus der Laufzeitverlängerung, die abgeschöpft werden sollen, nicht in den Haushalt fließen, sondern um Probleme der Energieversorgung zu lösen, z. B. den notwendigen Ausbau intelligenter Stromnetze, die weitere Erforschung und Entwicklung von Speichertechnologien oder anderer alternativer Energien wie der Brennstoffzellen genutzt werden.

Die Erstellung des Energiekonzeptes in der beabsichtigten umfassenden Form ist eine gewaltige Herausforderung und wird einen Schwerpunkt der politischen Diskussionen in der Bundespolitik in der zweiten Jahreshälfte darstellen. Auf der Basis des Energiekonzeptes wird bis Jahresende das Atomgesetz hinsichtlich der Laufzeiten zu ändern sein. Parallel dazu beginnt auf dieser Basis auch die Diskussion über die nächste Novelle für das Erneuerbare Energiengesetz (EEG). Diese Novelle soll bis zur Sommerpause 2011 abgeschlossen werden, damit sie zum 01.01.2012 in Kraft treten kann.

Bundestag diskutiert über Wehrpflicht und Gesundheitswesen

Koalition diskutiert über Zukunft der Wehrpflicht

Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat eine Diskussion über die Wehrpflicht ausgelöst, die jetzt hohe Wellen schlägt. Für ihn gibt es zwei Gründe dafür, die Aussetzung der Wehrpflicht zu empfehlen: Zum einen müsse die Bundeswehr konsequent auf die Anforderungen einer Armee im weltweiten Einsatz ausgerichtet werden. Zum anderen könne mit der Aussetzung der Wehrpflicht ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung der Einsparziele bei der Bundeswehr geleistet werden. In der Diskussion steht ein Betrag von ca. 400 Mio. Euro.

Auf der anderen Seite ist die Union immer die Partei der Wehrpflicht gewesen. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Ingbert Liebing hat bei vielen Gelegenheiten sein Bekenntnis zur Wehrpflicht abgelegt. „Für mich waren meine 15 Monate Wehrdienst eine wichtige Lebenserfahrung“, so Ingbert Liebing. Die Wehrpflicht ist seiner Auffassung nach das entscheidende Band zwischen der Bundeswehr und der Gesellschaft. Darüber hinaus gewinnt die Bundeswehr aus dem Kreis der Wehrpflichtigen den wichtigsten Nachwuchs von länger Dienenden und Berufssoldaten. Die schleswig-holsteinischen CDU-Bundestagsabgeordneten haben sich in einem Beschluss der Landesgruppe für den Erhalt der Wehrpflicht ausgesprochen. Sie setzen sich in einem Brief an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, dafür ein, dass die Wehrpflicht beibehalten wird.

Die Koalition hat verabredet, dass dieses Thema im Herbst intensiv diskutiert werden soll, bis im November eine Entscheidung des Bundesparteitages herbeigeführt wird.

Unabhängig von der Diskussion über die Wehrpflicht bedeutet das Einspar Soll bei der Bundeswehr, dass eine neue „Stationierungsrunde“ stattfinden wird mit Überprüfung aller derzeitigen Standorte. Da der Wahlkreis Nordfriesland/Dithmarschen-Nord besonders bundeswehrstark ist, steht auch hier zu erwarten, dass es Einschnitte geben wird. Darauf hat auch Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg hingewiesen, indem er grundsätzlich jeden Standort zur Disposition gestellt hat. Aktuell werden mehrere Modelle durchgerechnet, wobei der Gesamtumfang der Streitkräfte noch nicht entschieden ist.

Koalition beschließt Stabilisierung des Gesundheitswesens

Die gesetzlichen Krankenversicherungen blicken auf ein Haushaltsloch in Höhe von 11 Mrd. Euro im kommenden Jahr. Aufgabe der Koalition ist es, hierfür Lösungsvorschläge vorzulegen. Der kürzlich erzielte Kompromiss ist zwar keine große „Reform“, aber ein Kompromiss der Koalitionsfraktionen, mit dem die Finanzierung stabilisiert wird.

Auf der Ausgabenseite werden im Arzneimittelbereich Einsparungen vorgenommen. Auch Ärzte und Krankenhäuser, aber auch die Krankenversicherungen im Verwaltungsbereich müssen jeweils Beiträge zur Stabilisierung leisten.

Die im vergangenen Jahr im Zuge der Wirtschaftskrise erfolgte Absenkung des Krankenkassenbeitrages wird beendet. Damit gilt wieder der gleiche Krankenkassenbeitrag von 15,5% wie vor der Krise.

Der Arbeitgeberbeitrag wird bei 7,3% eingefroren. Eine künftig weitergehende Steigerung würde Arbeitsplätze teurer machen. Das Ziel der Union ist es immer gewesen, die Arbeitskosten von den Sozialversicherungskosten zu entkoppeln.

Das System der Zusatzbeiträge wird fortgeschrieben und ein Sozialausgleich eingeführt. Damit soll eine Überforderung durch Zusatzbeiträge verhindert werden.

Auf Leistungskürzungen hat die Koalition ausdrücklich verzichtet. Sie hätten ohnehin dann durch die Versicherten im Krankheitsfall finanziert werden müssen.

Generell gilt: Die Hoffnung, dass die Kosten des Gesundheitswesens sinken werden, wird nicht erfüllbar sein. Der demographische Wandel, eine wachsende Zahl älterer Menschen und der medizinische Fortschritt kosten mehr Geld. Deutschland verfügt über einen hohen medizinischen Standard. Wir müssen auf Dauer damit rechnen, dass jeder Einzelne für seine Gesundheit mehr Verantwortung übernehmen und mehr Geld dafür aufwenden muss.

• Reform der Job-Center gelungen

Nachdem der frühere SPD-Sozialminister Scholz in zwei Jahren keine Reform der Job-Center geschafft hat, ist dies seiner Nachfolgerin Ursula von der Leyen binnen weniger Monate gelungen. Lob von allen Seiten! Optionskreise und Kreise mit Arbeitsgemeinschaften sind gesichert.

Zukunft der Küstenwache und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion

Die Zukunft der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) und ein möglicher Einstieg in eine Nationale Küstenwache waren Thema des Arbeitskreises Küste der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Juni. Dazu begrüßte der Vorsitzende des Arbeitskreises, Ingbert Liebing, MdB, den Vorsitzenden des Personalrates bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) Nordwest und Bundesvorsitzenden des Fachverbandes WSV im Deutschen Beamtenbund, Torsten Müller, sowie den Vorsitzenden des Bezirkspersonalrates bei der WSD Nord, Joachim Storm. Liebing erklärte, dass die Unions-Küstenparlamentarier die im Koalitionsvertrag angekündigte Reform begleiten werden. Insbesondere soll die bewährte regionale Struktur der WSV und die zwei Direktionen im Norden nicht durch die Einrichtung einer zentralen Bundesverwaltung in Frage gestellt werden.

Die Vertreter der Personalräte verdeutlichten, dass die WSV umfassende Aufgaben in der Daseinsvorsorge leistet und große Bedeutung für intakte Bundeswasserstraßen für Häfen, Schifffahrt und die deutsche Exportwirtschaft hat. Dabei gehen die Aufgaben der WSV, die u. a. für den Ausbau und die Unterhaltung der See- und Binnenwasser-

straßen des Bundes sowie für die Ausübung des Sicherheitskonzeptes für die deutsche Küste zuständig ist, weit über den reinen Verkehrsbezug hinaus. Hinsichtlich des Aufbaus einer Nationalen Küstenwache wurde der schifffahrtspolizeiliche Vollzug auf See als wesentlicher Bereich identifiziert, in dem sowohl Optimierungspotenzial als

auch entsprechender Bedarf besteht. In einer regierungsratsinternen Arbeitsgruppe werden die Potenziale jetzt definiert. Liebing begrüßt, dass auch bei der WSV Bereitschaft bekundet wurde, dieses Thema zu begleiten und die Einbindung der bisherigen WSV-Aufgaben im schifffahrtspolizeilichen Vollzug in eine neue Küstenwache zu unterstützen.



Von links nach rechts: Torsten Müller (Vorsitzender des Personalrates bei der WSD Nordwest und Bundesvorsitzender Fachverband WSV im Deutschen Beamtenbund), Ingbert Liebing, MdB (Vorsitzender des Arbeitskreises Küste der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag), Joachim Storm (Vorsitzender des Bezirkspersonalrates bei der WSD Nord).

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

✉ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Silke Stallkamp, Regine Sternebeck

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Johanna Papke, Katrin Jensen, Hannes Fuhrig

Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

